

Es müssen Wahlkämpfe für die Zukunft des Ostens geführt werden

*Interview mit Klaus Dörre, Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*

Jana Seppelt: Ihr habt im Lausitzer Braunkohlerevier geforscht: Wen habt ihr befragt, welche Zielsetzung hatte die Forschung und welche Ergebnisse hat sie?

Klaus Dörre: Das war ein klarer und begrenzter Auftrag in der Lausitz. Wir sollten den „O-Ton“ derjenigen eingefangen, die im Bergbau und bei der Energieerzeugung aus Braunkohle beschäftigt sind und haben das in einer kleinen qualitativen Studie gemacht. Befragt wurden die Beschäftigten auf allen Hierarchiestufen des Unternehmens LEAG, des regionalen Braunkohleproduzenten und Stromerzeugers. Das Ganze wurde vorbereitet durch ein Gespräch mit Betriebsrat, Geschäftsführung und Wissenschaftlern wie Axel Troost, die den anderen Teil der Studie gemacht haben. „O-Ton“ deshalb, weil der Eindruck bestand, dass die Sichtweisen der immerhin 8.000 Beschäftigten des Unternehmens bisher ungenügend Berücksichtigung finden in der Gesamtpolitik. Dieser Eindruck hat sich in gewisser Weise bestätigt. Die Braunkohlegegner, die wir aktuell in einer zweiten, noch nicht abgeschlossenen Studie befragen, sehen das allerdings völlig anders. Es gibt regionale Anti-Kohle-Initiativen, die ebenfalls geltend machen, dass sie öffentlich nicht gehört, ja geradezu ausgegrenzt werden.

Doch zurück zur LEAG-Belegschaft. Wenn man es kurz fasst, gibt so etwas wie eine Erzählung, die sich für diejenigen, die sie erzählen, anfühlt, als sei sie die eigentliche Wahrheit – also was *Arlie Hochschild* „deep story“ („Tiefengeschichte“) nennt.¹ Und die geht ungefähr so: Die LEAG ist das beste Unternehmen der Region, mit den höchsten Löhnen, den besten Tarifen, den besten Arbeitsbedingungen, den besten Aufstiegsmöglichkeiten, und es sponsert die wichtigsten Vereine in der Region und steht für den kulturellen Zusammenhalt. Und dieses Unternehmen ist jetzt bedroht, obwohl es gemessen an den Kyoto-Vereinbarungen eigentlich die Klimaziele erfüllt hat, während der Verkehrssektor überhaupt nichts beigesteuert hat. Aber für die Politiker ist es opportun, lieber zwei Blöcke in Jänschwalde abzuschalten, weil das einen schnellen

¹ Hochschild, Arlie Russell: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten. Frankfurt/New York 2017

Effekt verspricht, als tatsächlich beim Verkehrssektor durchzugreifen. Und das Ganze wird aus einer Perspektive formuliert: In der alten DDR waren wir die Helden der Nation, jetzt sind wir die „Fußabtreter“ der Nation.

Es gibt zwei Aspekte, die für besonderen Ärger sorgen. Das Eine ist die symbolische Abwertung, die aus der Politik erfahren wird. Was sich da richtig festgesetzt hat, ist der Spruch einer grünen Landtagsabgeordneten aus NRW, die sinngemäß gesagt hat, gleich ob Nazis oder Kohle, Braun ist gleich Braun. Sie hat sich zwar dafür entschuldigt, aber das hat sich richtig eingebraunt ins Gedächtnis der LEAG-Beschäftigten.

Das sind nicht die Armen, die Prekären, die da sprechen, sondern das sind Menschen, die um ihren Status fürchten und zwar aus unterschiedlichen Perspektiven. Sie haben eine Wende erlebt, und glaubten, auf der sicheren Seite zu sein mit Vattenfall. Vattenfall ist nun seit längerem raus aus der Braunkohleförderung. Das Unternehmen gehört einem tschechischen Oligarchen, der die Resteverwertung macht, während sich das internationale Kapital rauszieht aus der Braunkohle. Die älteren Beschäftigten sagen: Wir haben die Wende hinter uns, einen großen Umbruch, und jetzt haben wir gedacht, wir sind auf der sicheren Seite. Es ist das erste Mal so, dass unsere Kinder zurückkommen – das sind ja alles „Migrantenfamilien“, weil die Kinder zum großen Teil weit weg sind, so dass man sich nicht einfach mal am Wochenende treffen kann. Jetzt gibt es eine Rückkehrbewegung in die Lausitz, die nun wieder bedroht ist, weil das Aus der Braunkohle beschlossene Sache ist. Es gibt in der Belegschaft drei Gruppen: Die ganz Jungen, die sagen, wir ziehen das durch und gucken, wie das läuft. Dann die etwas Älteren, die überlegen jetzt schon, können wir noch bleiben. Macht das jetzt noch einen Sinn, wo das Ganze so bedroht ist. Das ist zwar noch eine Weile hin, bis zum Ausstieg 2038, aber wollen wir uns das noch zumute?. Dann gibt es die Älteren, die sagen, uns betrifft das nicht mehr so, aber unsere Kinder. Das war durchgängig bei allen Interviews mit Älteren wie Jüngern, ein absolutes Verbundenheitsgefühl mit der Region, man will da auch nicht weg, man assoziiert das mit Freunden und Familie. Das scheint mir ein wichtiger Punkt.

Das Grundbewusstsein, um es politischer zu machen, ist: Wir haben einen großen Umbruch hinter uns, jetzt droht schon wieder ein neuer, das wollen wir nicht. Dann gibt es eine abgestufte politische Verarbeitung. Man glaubt nicht so richtig, dass der Kohlekompromiss wirklich eine Entwicklung in der Region bringt. Die Betriebsräte haben explizit gesagt, wir wollen nicht Strukturwandel, wir wollen Entwicklung. Das ist ein bemerkenswerter Satz. Dahinter steckt: Wir wollen richtige Chancen, keine Jobs, die mit Statusverlust und geringerem Einkommen verbunden

sind. Die, die sich damit beschäftigen, haben den Eindruck, dass die Vereinbarungen im Kohlekompromiss zwar Geld bedeuten, das finden manche auch ganz clever. Andererseits sind die Projekte, die da drinstehen, seit 20-30 Jahren bekannt und können die Erwartung an Entwicklung nicht einlösen.

JS: Das heißt, in diesem Kontext liegt die Skepsis daran, dass es sehr gute Arbeitsplätze sind und die Beschäftigten beim Kohlekompromiss und der Transformation keine Erwartung haben, dass derartig gute Arbeitsplätze und Absicherung wieder erreicht werden.

KD: Das ist genau die Befürchtung. Die rechnen alle mit sozialem Abstieg. Ein geflügelter Satz ist immer: „Für das, was wir verlieren, reicht dann der Ostsee in Cottbus nicht aus.“ Der Ostsee ist ein geflutete Tagebergbau, der zur Lausitzer Seenplatte gehört. Und der Bootsverleih am Ostsee ist dann immer das Beispiel, welches gebracht wird. Dass der Bootsverleih weniger Einkommen generiert als bei der LEAG, steht außer Frage. Das ist nicht nur in der Lausitz so, dass könnte man im Saarland und in Teilen des Ruhrgebietes analog finden. Die Beschäftigten glauben nicht, dass sie ihren Status erhalten können. Dann gibt es verschiedene Problemwahrnehmungen in diesem Zusammenhang. Ein Teil gesteht schon ein, dass die LEAG den Wandel auch verschlafen hat. Man hat das kommen sehen, und das Unternehmen selbst hätte frühzeitig sich ändern und neue Geschäftsfelder erschließen können.

JS: Zum Beispiel?

KD: Regenerative Energien, neue Antriebe oder z.B. synthetisches Gas. Im Ruhrgebiet ist man auf die Idee gekommen, die gefluteten Schächte für die Energieproduktion zu nutzen. Also man kann schon Ideen entwickeln. Wie in allen industriellen Regionen können die Beschäftigten sich nicht vorstellen, etwas anderes zu machen als Energiewirtschaft. Das hat man immer, diese Art von Selbstlähmung. Dass das Unternehmen die Energiewende verschlafen hat, halte ich für eine zutreffende Kritik. Die LEAG muss ja nicht nur in Braunkohle machen.

Der zweite Punkt ist, dass es die verbreitete Wahrnehmung gibt, die Politiker verstünden von der Sache nichts. Das kann ich bis zu gewissen Teilen nachvollziehen. Auch ich habe zum ersten Mal erklärt bekommen, was ein Energiemix ist, wie der entsteht, wofür Jänschwalde da ist - also, dass man relativ schnell zwei Blöcke von Netz nehmen, sie aber wieder hochfahren kann. Ich habe zum ersten Mal gehört, wie Energiepreise überhaupt zustande kommen. Und die Befragten haben den Eindruck, dass die Politiker ähnlich uninformiert sind. Sie machen Ausnahmen bei

den beiden Landesvätern in Brandenburg und Sachsen. Aber die Grünen-Vorsitzende Frau Baerbrock gilt immer als Beispiel, weil die das fossile Erdgas aus Russland empfohlen hat als Alternative zur Braunkohle. Die LEAG-Leute konnten da unter Einbezug der Erzeugungs- und Transportkosten sehr schnell vorrechnen, dass das Erdgas aus Russland schmutziger ist, was die Emissionswerte angeht als die Braunkohle. Was man von den Betreffenden nicht hört, ist allerdings, dass der Wirkungsgrad von Gaskraftwerken deutlich besser ist als der von den alten Jämschwalde-Blöcken. Dennoch: Die reale oder vermeintliche Inkompetenz von Spitzenpolitikern und -Politikerinnen führt dazu, dass erhebliche Teile der Belegschaft denken, wenn die schon bei grundlegenden Fakten nicht Bescheid wissen, warum sollen wir ihnen dann beim Klimawandel vertrauen. Ist das nicht alles Hysterie?

Da fängt es an hoch problematisch zu werden. Die Befragten rationalisieren sozusagen ihre eigene Position, was bei Teilen der Belegschaft bis zur Klimawandelleugnung geht. Da wird dann vorgerechnet bis hinters Komma, warum das gar nicht sein kann, dass ein dramatischer, vom Menschen gemachter Klimawandel stattfindet. Bei den richtigen Leugnungspositionen merkt man schon, dass das nicht mehr Positionen sind, die spontan kommen, sondern sich auch bei den einschlägigen AfD-nahen bis rechtsextremen Quellen informieren. Ich will es mal so formulieren: Gäbe es nicht die Betriebsräte, die IG BCE, die ja, vorsichtig gesagt, keine besonders linke Gewerkschaft ist, wäre wahrscheinlich die Sympathie für die AfD noch größer als sie jetzt schon ist. Die Sätze in machen Interviews lauten jetzt: „Eigentlich müsste ich ja AfD wählen, aber das geht ja nicht - also wähle ich lieber FDP aus industriepolitischen Gründen“.

Man findet alle politischen Orientierungen in der Belegschaft – von Linkspartei, über SPD bis eben AfD. AfD aber nur sehr verschämt und versteckt, wobei sich letzteres nicht auf die inhaltlichen Positionen bezieht. Es gibt durchaus Sympathien für die Position, wir können die Braunkohle unbeschränkt weiterfördern.

Dann gibt es noch zwei wichtige Punkte. Erstens glaubt man nicht, gehört zu werden und in den Medien genügend Beachtung zu finden. Das gilt auch für die Regionalpresse, die völlig zerrissen wird in den Interviews. Wenn wir mit tausenden von Leuten demonstrieren, kommen wir nicht vor. Wenn dann „Ende Gelände“ kommt, denen man zugesteht, dass sie ihre Aktionen perfekt vorbereiten, dann sind sie voller Grimm und müssen noch dafür sorgen, dass nichts passiert, keine Unfälle. Wenn noch dazu kommt, dass der Kohlekompromiss beschlossen wird, und sich am nächsten Tag die Umweltverbände distanzieren, die das mitbeschlossen haben, dann empfinden die Beschäftigten das als doppelbödig. Auch hier muss man allerdings hinzufügen: Aus Sicht der Braunkohlegegner verhält es sich genau umgekehrt. Lange Zeit hat die Presse demnach

die Kohleinteressen privilegiert, während regionale Anti-Kohle-Initiativen in der Öffentlichkeit kaum Beachtung gefunden haben.

JS: Es gibt in der Ökologiebewegung durchaus auch Aktive, die versuchen auf die Beschäftigten zuzugehen, um eine Kommunikation mit den betroffenen Arbeiter*innen aufzubauen und eine größere Diskussion zur nötigen Transformation in Gang zu bringen. Aus Deiner Erfahrung: Was wären Formen der Diskussion und des Zusammentreffens?

KD: Wenn man ihnen das Gefühl nehmen könnte, dass die Diskussion eine rein symbolische Geschichte ist. Dass ihre Stimme wirklich ein Gewicht hat – in dem Sinne, dass es Chance gibt, dass ihre Interessen berücksichtigt werden. Das wäre die Voraussetzung für ein solches Format. Dann würden die sicher mitmachen. Ich könnte jetzt die genauen Formen schwer umreißen, weil wir nach Veröffentlichung der Studie den Kontakt zu den Betriebsräten völlig verloren haben. Ich fürchte, Ihnen ist die Studie immer noch zu kritisch, obwohl wir sehr viel Gewicht darauf gelegt haben, nur den O-Ton einzufangen und auf Kommentierung weitestgehend zu verzichten. Aber nehmen wir ein Beispiel. Einer unserer Interviewpartner aus dem IBA-Kontext schildert, wie es gelang, eine architektonisch wertvolle Siedlung zu erhalten. Die Siedlung war stark ramponiert und die Einwohner hatten ein attraktives Angebot erhalten, billig Wohneigentum zu erwerben. Dann kamen die Planer und sprachen sich für den Erhalt und die Reaturation der Siedlung aus – zunächst gegen die Anwohner. Das Blatt wendete sich nach einer Bus-Reise ins Ruhrgebiet, wo die Betroffenen wiederhergestellte Siedlungen besuchen und besichtigen konnten. Das schient mir ein wichtiger Punkt: Man muss dem Abwertungsgefühl der LEAG-Beschäftigten entgegen wirken und ihnen zeigen, dass es ein gutes Leben nach der Braunkohle geben kann.

Politisch bin ich persönlich eher bei den Zielsetzungen von Ende Gelände, viel radikaler Klimapolitik zu machen. Natürlich da nicht bei denen, die die Bergarbeiter*innen zu Feinden erklären, das ist grundfalsch. Der entscheidende Punkt ist, dass hierzulande seitens der ökologischen Bewegung, anders als bei den Democratic Socialists in den USA, die soziale Frage missachtet oder doch zumindest eher beiläufig thematisiert wird. Für die Gewerkschaften gilt mit umgekehrt Vorzeichen tendenziell das Gleiche. Da gibt es Nachholbedarf in Sachen ökologischer Gesellschaftskonflikt.

Die deutschen Gewerkschaften sollten ernsthaft für einen Green New Deal eintreten. Beispielhaft ist hier Alexandria Ocasio Cortez, die bei der Argumentation für einen Green New Deal eine Forderung besonders betont: Alle, die in der Karbonbranche ihre Arbeit verlieren, müssen einen Job bekommen. Und zwar einen, der gut bezahlt ist und von dem auch die Familie leben kann. Selbst die Linken in der IG Metall sagen – mit Bezug auf andere Branchen als die Braunkohle

und nicht speziell für die Lausitz - sie können solche Forderungen nicht entwickeln, weil sie können sie nicht einlösen, es ist ja Kapitalismus. Das verstehe ich nicht. Ich würde umgekehrt argumentieren: Es ist gut, dass der Gree New Deal Forderungen beinhaltet, die die Grenzen des Kapitalismus thematisieren.

JS: Das meinst Du damit, wenn Du schreibst, dass sich Gewerkschaften entscheiden müssen zwischen einer konservierenden und einer transformativen Interessenpolitik?

KD: Genau. Der entscheidende Punkt dabei scheint zu sein, dass man die, die die Arbeit machen, nicht zusätzlich abwertet. Sie empfinden sich als dramatisch abgewertet. Die beste Voraussetzung wäre, sie fühlten, dass ihre Leistung wertgeschätzt wird. Man muss Formen finden, wo sie erst mal sagen können, was sie denken, mit allem Kruden. Dem Risiko müsste man sich aussetzen. Eine Form könnte z. B. ein öffentliches ganztägiges Forum wie das einer „Public Sociology zu Pegida“ sein. Der Dresdner Soziologen Karl-Siegbert Rehberg² hatte eine solche Veranstaltung organisiert. Sie lief den ganzen Tag und wurde im Rundfunk übertragen. Das war eine Mischung aus wissenschaftlichem Erklärungsversuch zu Pegida und Kommentierungen aus der Bevölkerung, Pegida Anhänger*innen eingeschlossen.

Ein ähnliches Format könnte in der Lausitz funktionieren, wenn dort LEAG Beschäftigte und ihre Familien zur Sprache kommen und ungeschminkt erzählen können. Gleiches würde für die Braunkohlegegner gelten. Politiker*innen und Wissenschaftler*innen hätten das zu kommentieren, die Regionalpresse müsste berichten und Rundfunk und TV könnten das auch prominent und live bringen. Das könnte man mit der BTU Cottbus-Senftenberg, dem MDR und dem RBB machen.

Das kann, muss aber nicht automatisch erfolgreich laufen für eine Seite. In Dresden hat das für die Anti-Pegida-Sprecher*innen nicht so gut funktioniert, weil zu viele Beiträge unserer Seite auf schnelle Zuschreibungen wie Antidemokraten und so weiter zurückgegriffen haben und das ins Leere geht, weil die PEGIDA Anhänger sich ja als die wahren Demokraten wahrnehmen. Man gewinnt die Veranstaltungen also nicht notwendigerweise, aber man eröffnet einen diskursiven Raum, um über diese Erfahrungen zu sprechen. Einen Versuch wäre es wert.

² <https://www.soziologie.de/nc/aktuell/meldungen-archiv/aktuelles-singleview/archive/2015/11/26/article/pegida-wissenschaftlich-verstehen-und-erklaren-forschungsergebnisse-und-diskussionen-der-sozialwiss/>

JS: Die Forschung in der Lausitz hatte eher die gut situierten Beschäftigten im Fokus, andere Umfragen Eurer Forschungsgruppe fokussieren sich auf schlecht abgesicherte, prekäre Beschäftigten. Bei Deinem Vortrag in Braunschweig bei der Streikkonferenz hast Du die Deep Story des Teils der prekären Beschäftigten, die sich dann nach rechts wenden, so beschrieben: Ich stand jetzt an der Schlange am Berg der Gerechtigkeit ewig an, es geht nicht vorwärts, der Aufstieg ist blockiert. Dann kommen die Flüchtlinge nach all den Krisen und dem Warten und dann gibt es so einen populistischen Moment à la mir wurde im Osten Westniveau versprochen und jetzt kommen die und denen wird alles gegeben. Zumindest der Teil mit dem blockierten Aufstieg hat einen harten realen Kern. Gleichzeitig gibt es durchaus ermutigende Momente des Wehrens der Beschäftigten, wie bei Teigwaren Riesa, den Pflege- und Servicekräften in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern oder im IG Metall Organisierungsbereich im Osten. Das ist nicht die Masse der Beschäftigten, aber mich interessiert, wie Du diese Entwicklungen bewertest. Und mich interessiert, wie wir als Gewerkschaften und Die Linke diese Bewegung verstärken können.

KD: Wir haben das das Ende der Bescheidenheit genannt. Im Grunde scheidet die Generation der Arbeitsspartaner, die alles getan haben, um die Arbeitsplätze zu halten, aus den Belegschaften aus. Darunter sind auch kampferprobte Betriebsräte, die für den Erhalt von Beschäftigung alles getan haben. Die, die nachkommen, für die ist der Arbeitsplatzerhalt kein Ziel mehr. In Zwickau sagten die jungen Beschäftigten, ich brauche jetzt mehr Geld, geht die Firma pleite, bewerbe ich mich halt woanders. Das liegt am völlig veränderten Arbeitsmarkt, die finden was. Dementsprechend selbstbewusster treten diese Beschäftigten auf, das kommt gewerkschaftlicher Organisation zugute. Allerdings ist das mit der Erwartung verbunden, dass sich schnell was verbessert. Das ist der Pferdefuß. Das findet man auch bei prekär Beschäftigten. Wenn sich der Erfolg nicht rasch einstellt, kann es genauso schnell gehen, dass man wieder austritt. Das Engagement gründet sich nicht auf festen politischen Überzeugungen oder Kapitalismus- und Gesellschaftskritik. Deshalb ist es nicht einfach für Gewerkschaften - ver.di und die NGG sind da das beste Beispiel – das zu stabilisieren. Große Organisationserfolge können wieder rasch in sich zusammenfallen.

Eine Grunderfahrung bleibt natürlich, dass Gewerkschaften und Betriebsräte wichtig sind, man lernt allmählich, dass man dafür sorgen muss, handlungsfähig zu werden im Betrieb und sich organisieren muss. Aber es gibt natürlich strukturelle Grenzen, was Gerechtigkeit oder Umverteilung über Tarifpolitik angeht. Deshalb ist es für einige kein Widerspruch, im Betrieb und für den Tarif mit der Gewerkschaft zu kämpfen und in der Gesellschaft mit PEGIDA und der AfD. Das

sind nicht Mehrheiten, aber es sind auch keine vernachlässigswerten Minderheiten. Das hängt damit zusammen, dass feste politische Überzeugungen oder Bindungen an irgendwelche Parteien lange nicht entstanden sind. Es hängt auch damit zusammen, dass es im Alltagsbewusstsein eine latente Fremdenfeindlichkeit gibt, so bei 25% hart verfestigt. Sie wählen aber nicht notwendig rechts, sind oder waren zum Teil auch bei der Linkspartei und der SPD. Es ist so, dass die Deep Story, die sich anfühlt als sei sie die eigentliche Wahrheit, in den Köpfen variiert. Bei einem Prekären ist das eher ein rebellischer Rechtspopulismus mit Protest mit PEGIDA und bei der AfD, bei den einigermaßen abgesicherten etwa bei einigen LEAG Beschäftigten, ist es eher ein konservierender Rechtspopulismus. Man findet den auch bei Ingenieuren, die weit über Tarif und damit überdurchschnittlich verdienen, aber nach 20 / 30 Jahren noch nicht das Gleiche verdienen wie im Westen. Das Abwertungsgefühl ist im Osten besonders ausgeprägt. Das sind sehr komplexe Einstellungen, weil es nicht nur um Einkommen oder Arbeitsverhältnisse geht, sondern auch um die Regionen, aus denen man kommt. Der Stadt-Land Gegensatz spielt eine große Rolle. Vieles was wir für die Stadt diskutieren mit hohen Mieten gibt es so nicht auf dem Land, dafür aber Probleme, weil man zwei Autos braucht, um die Jobs zu erreichen. Solche Erfahrungen spielen da alle eine Rolle.

Ich habe den Eindruck, dass die Linkspartei die Funktion der Protestpartei im Osten vollständig verloren hat. Außer in Sachsen hat sie überall mal regiert. Man kann bei der Linkspartei als Wähler oder Wählerin nicht sicher sein, was man kriegt, kriegt man Wagenknecht oder Kipping. Bodo Ramelow ist sehr beliebt, viel beliebter als seine Partei, aber er ist deshalb beliebt, weil er sich als Ministerpräsident aller Thüringer*innen versteht und Konflikte möglichst vermeidet. Das, wofür meine Forschungsgruppe steht, also den Bezug auf Arbeitsinteressen und Gewerkschaften, das spielt in der Landespolitik eher eine untergeordnete Rolle. In Westthüringen sind in den letzten Jahren 2000 Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie verloren gegangen. Bei Ople sind es jetzt nochmal 400 Arbeitsplätze. Armin Schild hat deshalb mit einiger Überspitzung gefragt, woi eigentlich der Unterschied zur Lausitz sei. Da ist was dran. Alle Länder im Osten benötigen dringend eine strategisch ausgerichtete Industrie- und Dienstleistungspolitik. Navigieren aus Sicht reicht nicht mehr. Eine solche Politik ist aber auch in Thüringen noch nicht zu sehen. Und das obwohl ein erheblicher Teil der Klein- und Kleinstbetriebe überhaupt nicht strategiefähig ist, also dringend staatliche Unterstützung bei der Bewältigung künftiger Herausforderungen benötigt.

Für die Wahlkämpfe, die noch bevorstehen unmittelbar, ist für mich der entscheidende Punkt: Man könnte die AfD noch besiegen, da bin ich völlig sicher. Man kann sie aber nur besiegen,

wenn man Wahlkämpfe für die Zukunft des Ostens führt und nicht nur vordergründig gegen die AfD zu Felde zieht, mit dem drohenden Hinweis, die könnten demnächst mitregieren. Das hält ja keinen ab, AfD zu wählen, ganz im Gegenteil. Der entscheidende Punkt ist simpel: Die Zukunft des Ostens kann man in drei Szenarien aufteilen: Es läuft weiter wie bisher und die Abstände werden größer; es gibt gar keine Problemlösungen also Desaster und es gibt Aufwärtsentwicklung, aber die hat Voraussetzungen. Ich nenne ein Beispiel: Migration ist nicht die Lösung aller Arbeitsmarktprobleme, aber ohne Zuwanderung ist im Osten kein einziges Arbeitsmarktproblem zu lösen. Man bekommt keine Fachkräfte, wenn nicht die Niedriglohnpolitik aufhört. Man braucht Löhne zum Leben und das ist mehr als der Mindestlohn. Dafür braucht man Institutionen. Das können nicht mehr nur Gewerkschaften machen. Der Ökonom Anthony Atkinson forderte Wirtschafts- und Sozialräte, die nicht mehr nur mit Gewerkschaften und Wirtschaftsvertreter*innen besetzt sind, sondern auch mit gesellschaftlichen Initiativen, Umweltverbänden und so weiter, um das gesellschaftliche Kräftegleichgewicht wiederherzustellen. Will man ein Prosperitätsszenario für den Osten, kann man bei jeder Weichenstellung sagen, die AfD stellt die Weiche genau in die andere Richtung, in Richtung Desaster. Wenn die demokratischen Kräfte es schaffen würde, die radikale Rechte mit ihrer Offenheit für Traditionsfaschistische Positionen unter 20% zu bringen, dann nehmen die inneren Zerfleischungsprozesse bei denen enorm zu. Eine Wahlniederlage wird möglicherweise zu einer Radikalisierung des Höcke-Flügels führen, in jedem Fall werden die Fraktionskämpfe zunehmen. Das wird diese Partei möglicherweise gar nicht aushalten. Insofern sind die Ostwahlkämpfe ziemlich entscheidend. Aus meiner Sicht müsste man die Stoßrichtung „Für die Zukunft des Ostens“ konsequent verfolgen. Meine Wahrnehmung ist allerdings, dass die linken Parteien eher mit der Drohkulisse, die AfD könnte in die Regierung einziehen, Wahlkampf machen. In Brandenburg knüpft die AfD an Wende-Erfahrung an und plakatiert „Der Osten steht auf!“. Warum hat man das der AfD überlassen und macht stattdessen in Inhaltslosigkeit? Ich kann da nur den Kopf schütteln, wenn ich mir z.B. die Wahlplakate der demokratischen und linken Parteien anschau. Das geht deutlich besser. Wir brauchen einen sozialökologischen Green New Deal, eine Antwort auf die ökonomisch-ökologische Zangenkrise. Das sind die demokratischen Parteien und die Gewerkschaften gefragt und auf diesem Feld haben sie noch immer alle Chancen, der AfD eine empfindliche Schlappe zu beschere.

Das Interview führte Jana Seppelt im Juli 2019. Eine Kurzfassung des Interviews erschien in: betrieb & gewerkschaft. Zeitung der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE, Ausgabe 2/2019.